

## Geburtstags-Interview

S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein  
mit Chefredaktor Günther Fritz, Liechtensteiner Vaterland

14. Februar 2009

---

*Durchlaucht, das Ergebnis der Landtagswahlen liegt vor. Die VU hat mit einem landesweiten Parteistimmenanteil von 47,6 Prozent und einem Zugewinn gegenüber 2005 von 9,4 Prozentpunkten einen Erdrutschsieg erzielt. Wahlverliererinnen sind sowohl die FBP mit einem Parteistimmenverlust von 5,2 Prozent als auch die Freie Liste mit einem Minus von 4,1 Prozent. Sind Sie von diesem Ergebnis überrascht oder haben Sie in diese Richtung gedacht?*

**Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein:** Ich war überrascht. Ich bin davon ausgegangen, dass die VU aus ihrem historischen Tief herauskommen wird, aber das Wahlziel, stimmenstärkste Partei zu werden, fand ich unter den gegebenen Voraussetzungen sehr ambitioniert. Dass die FBP Stimmen verlieren wird, habe ich erwartet, aber nicht in diesem Ausmass. Die Stimmenverluste der Freien Liste dagegen waren auch in diesem Ausmass für mich keine Überraschung.

*Wie interpretieren Sie den überwältigenden Stimmenzugewinn der VU, die mit 13 Mandaten sogar die absolute Mehrheit im Landtag gewonnen hat?*

Das liechtensteinische Volk will einfach, dass das Land von einer Koalitionsregierung geführt wird und die politischen Kräfte gebündelt werden. Dies gilt besonders in etwas schwierigeren Zeiten, in denen wir uns jetzt befinden. Erschwerend für die FBP kam hinzu, dass einige bekannte und bewährte Politiker wie der Landtagspräsident nicht mehr angetreten sind. Das hat der FBP sicher geschadet. Sie konnte ihre Wählerbasis offensichtlich nicht so mobilisieren, wie sie das bei den letzten Wahlen vermochte. Da und dort gab es sicher auch unterschiedliche Auffassungen in Sachthemen. Aber das waren eher Kleinigkeiten, wenn man berücksichtigt, dass die beiden Parteien in einer Koalition gearbeitet und sich im Grunde genommen wieder für eine Koalition ausgesprochen haben.

*Die Freie Liste hat zwei von drei Mandaten verloren und ist mit einem einzigen Mandat wieder auf dem Stand von 2001 angelangt. Wie erklären Sie sich diesen Absturz?*

Das war meiner Ansicht nach zu erwarten. Die Freie Liste hat nun einmal eine Politik verfolgt, die bei der grossen Mehrheit der Bevölkerung auf Widerstand stösst. Auch wenn die Abkürzung «FL» lautet, habe ich nicht wirklich den Eindruck, dass sie für das Fürstentum Liechtenstein einsteht. So will sie eine rein re-

präsentative Monarchie – wohlwissend – dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist und auch das Fürstenhaus zu den Bedingungen der Freien Liste nicht das Staatsoberhaupt stellen wird. Was ist die Alternative der Freien Liste: die Republik Oberrheintal oder der Anschluss an einen unserer beiden Nachbarstaaten?

***Inwieweit kann das Wahlergebnis auch als gezielte Abwahl des amtierenden Regierungschefs betrachtet werden?***

Ich glaube, dass Regierungschef Otmar Hasler persönlich hohe Sympathiewerte genießt, und das Wahlergebnis eher einen allgemeinen Generationenwechsel darstellt. Möglicherweise haben eine Reihe von Wählern VU gewählt, um eine absolute Mehrheit der FBP zu verhindern und stellen jetzt erstaunt fest, dass ihre Stimmabgabe der VU zu einer absoluten Mehrheit im Landtag verholfen hat.

***Hat es im Vergleich zu früheren Wahlauseinandersetzungen überhaupt einen richtigen Wahlkampf gegeben?***

Ja, einen solchen hat es schon gegeben. Wenn ich jedoch an die 60er- und 70er-Jahre zurückdenke und zum Teil auch an spätere Landtagswahlen, stelle ich fest, dass manchmal viel härter gekämpft wurde.

***Wie interpretieren Sie den mit diesem Wahlergebnis zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen?***

Viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wünschen sich die grosse Koalition. Auch in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass die Bevölkerung Wert darauf legt, dass es zu einer Koalitionsregierung zwischen den beiden Grossparteien kommt. Eine grosse Herausforderung für die neue Regierung wird sicherlich die Frage sein, wie die anstehenden Probleme auf dem Finanzplatz gelöst werden können. Hier geht es insbesondere um die Frage, welche Reformen realisierbar und auch mehrheitsfähig sind, und zwar nicht nur im Landtag, sondern letzten Endes auch in der Bevölkerung.

***Klaus Tschütscher steht also als neuer Regierungschef vor ziemlich schwierigen Aufgaben?***

Es ist sicher eine grosse Aufgabe, aber ich bin optimistisch, dass diese erfolgreich bewältigt werden kann. Verglichen mit anderen Staaten nimmt Liechtenstein wirtschaftlich gesehen doch eine erfreuliche Position ein.

***Exakt an Ihrem Geburtstag vor einem Jahr wurde das Projekt «Futuro» der Öffentlichkeit vorgestellt. Am selben Tag wurde der deutsche Post-Chef Klaus Zumwinkel verhaftet. Welchen Wert hat diese Finanzplatzvision im Zuge der zwischenzeitlichen Turbulenzen eingeblüht?***

Ich glaube, sie hat gar nichts eingebüsst. Im Gegenteil, das Projekt Futuro ist noch wichtiger geworden.

Vor genau einem Jahr haben die deutschen Behörden mit gestohlenen Daten den liechtensteinischen Finanzplatz angegriffen. Was ist seither geschehen:

Keine der 15 liechtensteinischen Banken hatte finanzielle Schwierigkeiten, aber der deutsche Finanzplatz ist abgestürzt. Viele deutsche Banken mussten mit Milliardenbeträgen gerettet werden, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Der deutsche Angriff auf Liechtenstein ist zu einem Bumerang geworden. Nicht der liechtensteinische Finanzplatz ist in die Knie gegangen, sondern der deutsche.

**«Futuro» baut auf den traditionellen Stärken des Treuhandwesens und Private Bankings auf und setzt die liechtensteinische Stiftung ins Zentrum der Finanzplatzaktivitäten. Was ist von diesen Stärken überhaupt noch übrig geblieben? Was nutzt dem Finanzplatz das neue Stiftungsrecht, wenn man bedenkt, dass die Anzahl der Stiftungsgründungen dramatisch zurückgegangen ist?**

Wenn man auf die vergangenen Jahrzehnte zurückblickt, dann stellt man fest, dass es immer wieder Wellen von Gesellschaftsgründungen, ob es nun Stiftungen, Anstalten oder andere Firmengründungen waren, und Wellen von Löschungen gegeben hat. Damit werden wir auch in Zukunft leben müssen.

**Worunter leidet Ihrer Meinung nach der Finanzplatz Liechtenstein derzeit am meisten?**

Wir befinden uns in einem Strukturwandel. Aber solche Prozesse haben wir schon in der Vergangenheit durchmachen müssen. Angriffe aus dem Ausland sind nichts Neues. Ich kann mich zum Beispiel daran erinnern, dass ein deutscher Finanzminister in den 60er-Jahren mit dem Einmarsch in Liechtenstein gedroht hat – vielleicht nicht ganz ernsthaft, aber immerhin. Trotzdem bin ich recht optimistisch, gerade mit Blick auf das Treuhandwesen und das Private Banking.

**Der deutsche Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat vor Kurzem sein neuestes Folterinstrument ausgepackt. Er hat Änderungen im deutschen Steuerrecht geplant, die es für deutsche Firmen faktisch höchst riskant machen, Waren bei Liechtensteiner Unternehmen oder ihren Töchtern in Deutschland einzukaufen. Denn sie können sich künftig nicht mehr sicher sein, dass sie diese Kosten in ihrer Bilanz auch als Betriebsausgaben verbuchen können. Was halten Sie von dieser Folterung der exportabhängigen Industrie?**

Damit verstösst der deutsche Finanzminister gegen Grundprinzipien des Rechtsstaates und gegen internationale Verträge. Ich habe schon vor mehreren Jahren darauf hingewiesen, dass Deutschland in seinen Beziehungen zu Liechtenstein gegen Prinzipien des Rechtsstaates und gegen internationale Verträge verstösst. Diese Aussagen sind teilweise ignoriert oder kritisiert worden. Ich bin ganz froh,

dass man jetzt in Deutschland und nicht nur in Deutschland die Problematik einer solchen Vorgangsweise erkannt hat.

Vergleicht man die liechtensteinische und die deutsche Geschichte der vergangenen 200 Jahre, so stellt man folgendes fest:

Das liechtensteinische Volk konnte sich in Frieden und Freiheit entwickeln; der Rechtsstaat und die Demokratie wurden konsequent ausgebaut; das liechtensteinische Volk verfügt über sehr viel mehr politische Rechte als das deutsche und eine liechtensteinische Gemeinde über mehr Autonomie als ein deutsches Bundesland; die Mitgliedschaft im Fürstentum Liechtenstein beruht auf Freiwilligkeit, und wenn eine Mehrheit der Gemeindebürger dies beschliesst, kann die Gemeinde aus dem Staatsverband ausscheiden; Staat und Gemeinden sind nicht verschuldet, sondern erzielen regelmässig Überschüsse und verfügen über erhebliche Reserven; der Staat hat dem Volk zu dienen und nicht umgekehrt.

Die deutsche Geschichte der vergangenen 200 Jahre war geprägt von Kriegen, politischen und wirtschaftlichen Krisen; Staat, Länder und Gemeinden sind sehr schwer verschuldet; deutsche Finanzminister bauen immer wieder neue Mauern, um deutschen Steuerflüchtlingen die Flucht aus der deutschen Steuerwüste zu erschweren, währenddem Liechtenstein die Personenfreizügigkeit einschränken muss, um nicht von deutschen Steuerflüchtlingen überrannt zu werden.

Gerne würde ich Herrn Steinbrück kostenlos beraten, wie er die deutsche Steuerwüste in eine Steueroase verwandelt und wie der deutsche Staat dem deutschen Volk dient und nicht umgekehrt. Ein blühendes Deutschland ohne Steuerflüchtlinge liegt auch im liechtensteinischen Interesse. Es gab einmal den Spruch: „*Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.*“ Vielleicht sollte zuerst das deutsche Wesen am liechtensteinischen genesen.

***Was bedeuten die Steinbrückschen Pläne für die vermögenden Privatkunden der LGT, die ja in Deutschland in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Mannheim, München und Stuttgart präsent ist?***

Diese richten sich vorderhand nicht gegen die LGT in Deutschland. Die Massnahmen, die Steinbrück vorsieht, richten sich ja gegen Importe von Waren und Dienstleistungen nach Deutschland. Da verstösst er wie gesagt gegen internationales Recht, gegen den EWR, gegen EU-Recht sowie gegen Grundprinzipien des deutschen Rechtsstaates. Ich sehe, dass diese Folterinstrumente à la Steinbrück mehr dazu dienen sollen, dem Herrn Steinbrück bei den nächsten Wahlen zu helfen. Ob das wirklich in Deutschland ankommt oder nicht, das wird uns die Zukunft weisen.

***Inwieweit glauben Sie, dass Steinbrück mit seinen Angriffen gegen Liechtenstein das Bankkundengeheimnis auch in Österreich, Luxemburg, Belgien und der Schweiz aushebeln will?***

Ja, das ist sein Hauptziel. Wir sind da nur ein Nebenkriegsschauplatz.

***Die sogenannte Vorwärtsstrategie setzt auf Doppelbesteuerungsabkommen. Nur wenn im Gegenzug Vorteile für die Industrie herausgeholt werden können, will Liechtenstein in Steuerfragen umfassendere Zugeständnisse anbieten. Berlin hat auf dieses Angebot bisher nicht offiziell reagiert. Wie beurteilen Sie das derzeitige Interesse Deutschlands, auf Verhandlungen über ein solches bilaterales Abkommen mit Liechtenstein überhaupt einzusteigen?***

Wir bekommen sehr unterschiedliche Signale aus Deutschland. Dort sind bald Wahlen, und ob vor den Wahlen ein Abkommen mit Deutschland möglich ist, bezweifle ich.

***Wie soll es mit den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland weitergehen? Was muss passieren, dass Sie eines Tages wieder Exponate aus Ihrer Gemäldesammlung an Museen in Deutschland ausleihen?***

Man muss die nächsten Wahlen in Deutschland abwarten und schauen, ob eine neue Regierung daran interessiert ist, eine grundsätzliche Verbesserung der deutsch-liechtensteinischen Beziehungen anzustreben. Wenn es diese Verbesserung nicht gibt, wird es auch keine Exponate geben.

***Welchen Weg soll Liechtenstein in den kommenden Wochen und Monaten nun gehen, um schlussendlich erfolgreich aus der Finanzplatzkrise hervorgehen und den Reputationsschaden beheben zu können?***

Es stellt sich die Frage, inwieweit es längerfristig überhaupt ein Reputationsschaden ist. Wenn man in die Vergangenheit zurückblickt, stellt man fest, dass die Angriffe in der Regel dazu beigetragen haben, uns einen kurzfristigen Schaden zuzufügen, aber langfristig eine gute Werbung waren, weil sich die internationale Aufmerksamkeit damit automatisch auf die Vorteile des Finanzplatzes Liechtenstein gerichtet hat. Wenn wir vernünftige Reformen in Liechtenstein durchführen, und wenn weiterhin unsere Banken, Anwaltskanzleien und Treuhandunternehmen wirklich erstklassige Dienstleistungen anbieten, die weltweit konkurrenzfähig sind, dann sehe ich eine gute Zukunft für den Finanzplatz Liechtenstein.

***Welche aussenpolitischen Szenarien für Liechtenstein ziehen Sie nach einem immer wahrscheinlicher werdenden EU-Beitritt des EFTA-EWR-Staates Island am ehesten in Betracht? Schliessen Sie einen EU-Beitritt grundsätzlich aus?***

Ich glaube, man muss zunächst die weitere Entwicklung abwarten, ob Island wirklich der EU beitreten wird oder nicht. Das ist ja noch sehr offen. Dann stellt sich die Frage für Norwegen. Sollten Norwegen und Island der EU tatsächlich beitreten, was in allernächster Zukunft nicht der Fall sein dürfte, dann bin ich der Meinung, dass das EWR-Abkommen nach wie vor die beste Lösung für

Liechtenstein ist. In diesem Fall wird es sowohl im Interesse Liechtensteins als auch im Interesse der EU liegen, diesen multilateralen Vertrag in ein bilaterales Abkommen umzuwandeln. Da braucht es nicht allzu viele Änderungen im EWR-Abkommen, um daraus ein bilaterales Abkommen zu zimmern. Dies wäre für beiden Seiten vorteilhaft. Ausserdem würden wir dadurch unsere guten und engen Beziehungen zur Schweiz nicht in Frage stellen.

***Durchlaucht, Sie feiern am 14. Februar Ihren 64. Geburtstag und erreichen damit sozusagen das Pensionsalter. Inwieweit gibt es Betätigungsfelder, in denen Sie beabsichtigen, kürzer zu treten, und solche, für die Sie sich als «Pensionist» mehr Zeit nehmen wollen?***

Seit 2004 trete ich auf der politischen Ebene kürzer. Ich berate meinen Sohn noch dort, wo er das wünscht. Ich konzentriere mich heute in erster Linie auf die Vermögensverwaltung. Aber auch da zeichnet sich langsam ein Generationenwechsel ab.

***Wird das laufende Buchprojekt mit dem Titel «Der Staat im dritten Jahrtausend» das einzige bleiben oder gedenken Sie, noch ein weiteres Buch zu schreiben?***

Vorderhand habe ich nicht die Absicht, ein weiteres Buch zu schreiben.

***Was wünschen Sie sich von der Politik und von der Bevölkerung zu Ihrem 64. Geburtstag?***

Wenn ich auf die liechtensteinische Geschichte zurückblicke, dann stellt diese Partnerschaft zwischen Volk und Fürstenhaus sowohl für das Land und seine Bevölkerung als auch für das Fürstenhaus eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit dar. Wir haben gemeinsam so manche Krisen in Europa überstanden. Wir wurden durch diese Krisen nicht geschwächt, sondern sind immer wieder gestärkt aus diesen hervorgegangen. Ich wünsche mir von der Politik und der Bevölkerung, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Diesbezüglich bin ich sehr optimistisch und blicke ich mit grosser Zuversicht in dieses beginnende dritte Jahrtausend.

***Durchlaucht, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!***